Wo steht Deutschland, wenn es um die Eingliederung von Kindern mit besonderem Förderbedarf in Regelschulen geht? Annette Lübbers sprach mit dem Präsidenten des Sozialverbands Deutschland, Adolf Bauer, über die Chancen inklusiver Bildung und die Hindernisse, die einer bundesweiten Inklusion im Wege stehen.

„Inklusive Bildung ist in Deutschland finanzierbar"

Adolf Bauer, Präsident des Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)

HANDICAP: Deutschland übersetzt den Begriff „inclusive education" aus dem Übereinkommen mit „integratives Bildungssystem". Gefordert ist aber ein inklusives Bildungssystem. Was unterscheidet die beiden Begriffe?

Adolf Bauer: *Inklusive Bildung, das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, geht weit über einen integrativen Ansatz hinaus. Denn die Integration sieht vor, dass sich die behinderten Schüler an bestehende Rahmenbedingungen anpassen sollen. Bei der Inklusion verschiebt sich die Anpassungspflicht vom einzelnen Kind auf die Institution. Jetzt müssen die Bildungseinrichtungen gewährleisten, dass jedes Kind am Unterricht teilhaben kann.*

Wie viele Schülerinnen und Schüler in Deutschland sind von dem neuen Übereinkommen betroffen und wie viele besuchen derzeit eine Förderschule?

Rund eine halbe Million Schülerinnen und Schüler haben Anspruch auf einen inklusiven Unterricht. Tendenz: steigend. Der weit überwiegende Teil, deutlich über 70 Prozent, besucht derzeit eine Förderschule.

Welche Defizite in unserem Schulsystem verhindern bislang eine erfolgreiche Inklusion?

Die Hemmnisse in Deutschland sind enorm. Ein Hauptproblem ist die hohe Aufgliederung des Schulsystems. Dahinter steht die in den Köpfen fest verankerte Auffassung, dass Lernen in homogenen Gruppen am effektivsten ist. Dies ist auch der Grund dafür, dass neben dem mehrgliedrigen Schulsystem ein eigenständiges, hoch differenziertes Förderschulsystem entstanden ist. Diese Schulstrukturen erschweren erfolgreiche Inklusion maßgeblich.

Strukturprobleme: Das mehrgliedrige Schulsystem in Deutschland erschwert eine erfolgreiche Inklusion; die Grundschule Blücherstraße ist für Timon Oschem dagegen gut zugänglich

Sind Schulen, in denen neben den Klassenlehrern auch Sonderpädagogen eingesetzt werden, flächendeckend überhaupt finanzierbar?

Inklusive Bildung ist in einem wohlhabenden Land wie Deutschland durchaus finanzierbar. Dazu gehört auch ein angemessener Einsatz von Sonderpädagogen in den Schulen. Jedoch greift es zu kurz, Inklusion allein bei den Sonderpädagogen zu verorten. Alle Lehrkräfte, Erzieherinnen, Sozialpädagogen und andere Professionen an Schulen müssen sich mit Inklusion auseinandersetzen. Die grundsätzlichen Inhalte sollten künftig in jedem Studium beziehungsweise Ausbildungsgang verpflichtend vermittelt werden.

Dazu gehört zum Beispiel?

Zukünftige Lehrkräfte müssen zum Beispiel in allen Bereichen vernetzt denken und vernetzt arbeiten. Jeder muss nicht alles können, aber alle gemeinsam müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass jedes Kind in seinem eigenen Bildungsprozess optimal unterstützt wird. Hier müssen alle in der Lehre Beschäftigten, auch die Sonderpädagogen, noch viel lernen.

Wie kann verhindert werden, dass die Inklusion den Kindern mit Handicap nicht gerecht wird – und die gesunden und die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler unterhalb ihren Möglichkeiten bleiben?

Kinder mit Behinderung können ja ebenso leistungsstark sein wie Kinder ohne Behinderung – sofern die Rahmenbedingungen stimmen. Genau darin liegt aber die große Chance des gemeinsamen Unterrichts. Die Ausgrenzung behinderter Kinder von den Regelschulen lässt bisher allzu viele Begabungen regelrecht verkümmern. Das ist zutiefst ungerecht, sowohl unter sozialen als auch unter moralischen Gesichtspunkten. Aber auch volkswirtschaftlich betrachtet ist es völlig unsinnig, dass mehr als 75 Prozent der Förderschulabgänger die Schule ohne anerkannten Schulabschluss verlässt.

Welche positiven Effekte kann eine gelungene Inklusion für gesunde Kinder und für Schülerinnen und Schüler mit Handicap haben?

Kinder lernen miteinander und voneinander. Das wirkt sich auf die soziale Kompetenz ebenso aus wie auf die fachliche. Studien belegen das längst. So erreichen Staaten mit inklusiver Bildung eine wesentlich höhere Leseleistung bei Kindern als solche mit exklusiven Schulsystemen. Zu diesem Ergebnis kommt die OECD. Schon von klein auf sollten Kinder die Erfahrung machen können: Jedes Kind ist anders, aber alle Kinder sind normal. Inklusive Schulpolitik von heute bedeutet inklusive Gesellschaftspolitik morgen.

Kann Inklusion eher an Schulen gelingen, wo es viele Kinder mit Handicap gibt oder eher an solchen, wo es wenige Kinder mit Förder- oder Betreuungsbedarf gibt?

Inklusion ist überall dort erfolgreich, wo die Voraussetzungen stimmen. Auch das zeigen uns unsere europäischen Nachbarn seit Langem. Entscheidend ist, ob die Schulen über eine adäquate Infrastruktur verfügen, eine inklusive Schulkultur etabliert haben, ihr Personal vorbereiten, die Unterrichtsgestaltung verändern. Neben der Barrierefreiheit ist eine vernünftige personelle Ausstattung und die stete Bereitschaft aller Beteiligten, nach flexiblen Anpassungsmöglichkeiten zu suchen, unverzichtbar.

Welche Rolle spielt aktuell der Wohnsitz, wenn es darum geht, das neue Elternrecht einzufordern?

In den Bundesländern ist der Wille zu politischen Veränderungen derzeit sehr unterschiedlich. Er reicht von entschiedenem Handeln, etwa in Hamburg, über stockende Umsetzung (Nordrhein-Westfalen) bis hin zu Brem-

Inklusives Schulsystem: Die inklusive Gesellschaftspolitik von morgen fängt heute in jeder einzelnen Klasse an

sern und Verzögerern (Sachsen). Das Recht auf inklusive Bildung hängt in Deutschland aktuell tatsächlich sehr vom Wohnort ab; das ist nicht zu rechtfertigen und muss geändert werden.

An manchen Schulen gilt Inklusion schon heute als gescheitert. Was macht Inklusion in Deutschland so mühsam, obwohl sie in anderen Ländern bereits Alltag ist?

In Deutschland fehlt ein bundesweit gültiges Gesamtkonzept mit verbindlichen qualitativen Standards. Anders als in anderen Ländern führt die schulpolitische Weichenstellung auf einen Sonderweg. Trotz der Reformen Anfang der 1970er-Jahre wird früh selektiert und ausgegrenzt. Dies sind Rahmenbedingungen, die einen systematischen und abgestimmten Prozess hin zur schulischen Inklusion extrem erschweren.

Die CDU-geführten Länder haben beschlossen, Förderschulen beizubehalten. In anderen Bundesländern – etwa Hamburg und Bremen – sollen Förderschulen überflüssig werden. Wie sehr behindert das pluralistische System – und die Lobby der Förderschulen – die Umsetzung des Übereinkommens?

Pluralismus ist grundsätzlich unverzichtbar, wenn es um die Entwicklung neuer Ideen geht. Dies gilt zweifellos auch für den schulischen Bereich und das Bildungssystem insgesamt. Das schließt aber nicht aus, einen länderübergreifenden Prozess zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Bildung abzustimmen. Hier stehen Bund und Länder gemeinsam in der Pflicht. Es ist nicht unser Ansatz, die Arbeit von Sonderpädagogen, die sie bisher an Förderschulen geleistet haben, zu diskreditieren. Im Gegenteil. Diese Sonderpädagogen werden in der inklusiven Schule dringend gebraucht, ihr Fachwissen muss endlich flächendeckend an den Regelschulen zur Verfügung stehen. Hierfür müssen die Strukturen und Ressourcen auf den Weg gebracht werden. Es ist schon eine Schräglage, dass inklusives Lernen an der Regelschule noch oft unter Ressourcenvorbehalt steht, das Lernen an der Förderschule dagegen nicht.

Auskünfte: Sozialverband Deutschland e.V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Tel.: 030/726222-0, Fax: 030/726222-311, E-Mail: contact@sozialverband.de, Internet: www.sovd.de